

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 27. August 2025

§ 405

Interpellation SP-Fraktion «Entlastungspaket 25+: Was bedeuten die Kürzungen für unsere Alters- und Pflegeheime?»

(Bericht Regierungsrat, 22.4.2025)

Sabine Steinmann, Oberurnen, Unterzeichnerin, bedankt sich namens der SP-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation. – Im Rahmen des Entlastungspakets 2025+ wird bei den Beiträgen an Alters- und Pflegeheime ein Sparpotenzial von 450'000 Franken verortet. Die SP-Fraktion wollte wissen, ob diese Sparmassnahme Auswirkungen auf die Leistungen der Heime hat. Gemäss Antwort des Regierungsrates fällt die Reduktion bei den Pflegerestkosten an. Wenn der Kanton einen kleineren Anteil dieser Kosten übernimmt, führt dies zu Druck auf die Pflege. Dadurch geraten auch die Qualität und die Menschlichkeit unter Druck. Weil von der Ambulantisierung die Rede ist, geht es aber vielleicht darum, Menschen in den Pflegestufen 1–3 gar nicht mehr stationär aufzunehmen. Dann wäre aber das Sparpotenzial von 450'000 Franken unrealistisch, denn in diesen Stufen braucht es vor allem Betreuung, nicht Pflege. – Die Antwort des Regierungsrates verwirrt. Darin heisst es, dass die Heime gegenwärtig in der Regel kaum temporäre Mitarbeitende einsetzen würden. Eine Woche später steht in der Zeitung, dass Glarus Süd Care gerade wegen den temporären Angestellten ein Defizit ausweist. Der Kanton und Glarus Süd Care verweisen auf den jeweils anderen, wenn es um Verbesserungen geht. Die Interpellation diene dazu, herauszufinden, wer nun verantwortlich ist. Die Antwort hilft leider nicht weiter. – Die Tagesstätte für Menschen mit Demenz ist davon nicht betroffen. Sie wird von Betroffenen und Angehörigen geschätzt und gebraucht. Glarus Süd Care ist für die Entwicklung dieses Angebots und dem Kanton für dessen Unterstützung zu danken. Nicht zu begrüssen ist, was im Altersheim Elm geplant ist. Dort sollen Bewohnende nur noch bis zu einer bestimmten Pflegestufe wohnen können. Wenn sie mehr Pflege benötigen, müssen sie nach Schwanden ziehen. Schon ein Husten kann zu Verunsicherung führen, etwa, weil man eine Lungenentzündung befürchtet. Die Angestellten gelangen in ein Dilemma. Denn sie müssen die Einstufung in eine höhere Pflegestufe melden, sonst gibt es kein Geld von der Krankenkasse. Diese Meldung führt dann faktisch dazu, dass ihr Patient umziehen muss. Das ist aus ethischer Sicht ein No-Go. Ein Heim ist jener Ort, wo man sein letztes Zuhause hat, und keine Durchgangsstation. So kann man mit der älteren, bescheidenen Generation nicht umgehen.